

~~Beilage B~~

VORBLATT

Problemstellung:

Österreich hat sich aktiv an den Vorbereitungsarbeiten für eine „Multinationale Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft für Operationen der Vereinten Nationen“ (Multinational Stand-By High Readiness Brigade for UN Operations, SHIRBRIG) beteiligt. Zur Errichtung und Vorbereitung der Einsatzfähigkeit von SHIRBRIG wurde das Planungselement (Planning Element) als ständiger Stab mit Sitz in Dänemark geschaffen.

Der Status des Planungselements wurde zunächst nur durch vorläufige bilaterale Abkommen zwischen Dänemark und den an SHIRBRIG teilnehmenden Staaten geregelt (vgl. das „Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung von Dänemark über den Status des Planungselements der Multinationalen Brigade der Vereinten Nationen aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft – SHIRBRIG - in Dänemark geregelt, BGBl. III Nr. 22/1999).

Problemlösung:

Das vorliegende multilaterale Übereinkommen zwischen den an SHIRBRIG teilnehmenden Staaten über den Status der SHIRBRIG Truppen und des Planungselements ersetzt die vorläufigen bilateralen Abkommen und stellt eine für alle an SHIRBRIG teilnehmenden Staaten einheitliche und umfassende Regelung dar.

Alternativen:

Keine.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Keine.

Finanzielle Auswirkungen:

Aus der Durchführung des Übereinkommens selbst entstehen voraussichtlich dem Bund keine qualifizierbaren Kosten.

Die finanziellen Auswirkungen der einheitlich für anwendbar erklärten Bagatellgrenze für Dänemark (ca. € 1300) nach dem NATO-SOFA hängen vom allfälligen Auftreten nicht vorherschbarer Schadensfälle ab.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die aus Art. II ableitbaren Zollbefreiungen (Art. XI NATO-SOFA) sind durch Art. 133 Abs. 1 lit. b der EG-Zollbefreiungsverordnung (VO (EWG) Nr. 918/83 des Rates, ABl L 105 vom 23. 4. 1983) gedeckt. Die Europäische Kommission ist gemäß Art. 134 Abs. 1 leg. cit. über die Zollbestimmungen im gegenständlichen Übereinkommen zu unterrichten.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Teil

Das Übereinkommen zwischen den an der Multinationalen Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft für Operationen der Vereinten Nationen (SHIRBRIG) teilnehmenden Staaten über den Status ihrer Streitkräfte hat gesetzändernden bzw. gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen und hat nicht politischen Charakter. Es ist der unmittelbaren Anwendbarkeit im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodass die Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Da durch dieses Übereinkommen Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereichs der Länder geregelt werden, bedarf es überdies der Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

Nachdem sich im Bereich der friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen gezeigt hatte, dass das alte System der ad hoc-Bereitstellung von Truppen nicht mehr den Anforderungen genügt, empfahl der Generalsekretär der Vereinten Nationen im Jänner 1995 die Aufstellung einer internationalen Eingreiftruppe, die bereits im Vorfeld eines möglichen Einsatzes üben solle. Die daraufhin eingesetzte Arbeitsgruppe hat eine mögliche Struktur für eine „Multinationale Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft für Operationen der Vereinten Nationen“ (Multinational Stand-By High Readiness Brigade for UN Operations, SHIRBRIG) erarbeitet, die unabhängig von nationalen Strukturen für friedenserhaltende oder humanitäre Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen innerhalb von 15 bis 30 Tagen ab Auftragserteilung einsatzbereit sein soll.

Am 15. Dezember 1996 kamen Österreich, Kanada, Dänemark, Niederlande, Norwegen, Polen und Schweden überein, beim Aufbau von SHIRBRIG zusammenzuwirken (sh. Pkt. 27 des Beschl. Prot. 34 vom 10. Dezember 1996). Dazu wurde zwischen den teilnehmenden Staaten ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, in dem unter anderem die politische Bereitschaft zur Einrichtung eines Planungselementes (Planning Element) zum Ausdruck gebracht wurde. Das Planungselement, das seinen Sitz in Dänemark hat, soll als ständiger Stab die Errichtung und Einsatzfähigkeit von SHIRBRIG vorbereiten. Österreich ist gegenwärtig durch einen Offizier im Planungselement vertreten.

Zur Regelung des Status des Planungselementes in Dänemark wurden bilaterale Abkommen zwischen Dänemark und den an SHIRBRIG teilnehmenden Staaten abgeschlossen. Im bilateralen Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung von Dänemark über den Status des Planungselementes der Multinationalen Brigade der Vereinten Nationen aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft (SHIRBRIG) in Dänemark (BGBl. III Nr. 22/1999) wurde im Rahmen des zugrundeliegenden Notenwechsels das Einverständnis darüber festgehalten, dass dieses Abkommen ein vorläufiges Abkommen darstellt, das vorbehaltlich Verhandlungen zwischen den Teilnehmern an der Multinationalen Brigade der Vereinten Nationen aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft, und vorbehaltlich verfassungsmäßiger Erfordernisse durch ein multilaterales und gegenseitiges Abkommen über den Status der Truppen, einschließlich des Status der Bediensteten des Planungselementes der Multinationalen Brigade der Vereinten Nationen aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft, ersetzt werden soll.

Vor diesem Hintergrund haben die Teilnehmer an der Multinationalen Brigade der Vereinten Nationen aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft das vorliegende Übereinkommen verhandelt, welches im Dezember 2001 von den Niederlanden, Italien, Dänemark, Schweden, Rumänien und Norwegen unterzeichnet wurde. Entsprechend stellt Artikel VIII Absatz 2 des vorliegenden Übereinkommens auch klar, dass mit In-Kraft-Treten des vorliegenden Übereinkommens zwischen Dänemark und einem Teilnehmer an der Multinationalen Brigade der Vereinten Nationen aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft das entsprechende bilaterale Abkommen außer Kraft tritt.

Das Übereinkommen wurde am 21. Mai 2002 vom Ministerrat in der authentischen englischen Sprachversion genehmigt (vgl. Pkt. 10 des Beschl. Prot. Nr. 98); am 10. Juli 2002 wurde es vom österreichischen Botschafter in Kopenhagen unterzeichnet.

Das vorliegende Übereinkommen erklärt ferner das Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (BGBl. III Nr. 135/1998 idF BGBl. III Nr. 96/1999 (DFB), NATO-SOFA), das Übereinkommen zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über

die Rechtsstellung ihrer Truppen samt Zusatzprotokoll (BGBl. III Nr. 136/1998 idF BGBl. III 178/2000 (DFB) und BGBl. III Nr. 137/1998, Pfp-SOFA) sowie das Protokoll über den Status von gemäß dem Nordatlantikvertrag errichteten militärischen Hauptquartieren (Pariser Protokoll, 8. August 1952) sinngemäß für anwendbar. Das Pariser Protokoll, welches seinerseits auf das NATO-SOFA verweist, regelt den Status der militärischen Hauptquartiere der NATO sowie von deren Personal auf dem Gebiet der Vertragsstaaten. Es beinhaltet u.a. Regelungen über Steuerbefreiungen, räumt den jeweiligen „Supreme Headquarters“ Rechtspersönlichkeit ein und sieht die Unverletzlichkeit der Hauptquartiere sowie der Archive vor. Das Pariser Protokoll ist nur mittelbarer Vertragsbestandteil des vorliegenden Übereinkommens; seine Anwendung beschränkt sich ausschließlich auf das Planungselement mit Sitz in Dänemark und gilt auch nur für die Beziehungen des Planungselements und seiner Bediensteten im Verhältnis zu Dänemark.

Aus der Durchführung des Übereinkommens entstehen dem Bund voraussichtlich keine qualifizierbaren Kosten. Für allfällige Schäden, die einer Partei auf ihrem Territorium durch Truppenangehörige einer anderen Partei entstehen, sieht Art III des vorliegenden Übereinkommens vor, dass die in Art. VIII Abs. 2 lit. f des NATO-SOFA vorgesehene Bagatellegrenze für Dänemark einheitlich Anwendung findet. Die Auswirkungen dieser Schadengrenze hängt vom Auftreten nicht vorhersehbarer Schadensfälle ab.

Aus Gründen der Publizität wird gemäß § 2 Abs. 5 Z 5 BGBIG, BGBl. Nr. 660/1996, auch das Pariser Protokoll (sh. oben) in seinem authentischen englischen und französischen Wortlaut samt Übersetzung ins Deutsche im Teil III des Bundesgesetzblattes zu verlautbaren sein.

Besonderer Teil

Zur Präambel

Die Präambel erinnert an die für die Multinationale Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft für Operationen der Vereinten Nationen (SHIRBRIG) geltenden Rahmendokumente und weist auf die Absicht des vorliegenden Übereinkommens hin, den Status der Truppen einer Vertragspartei dieses Übereinkommens auf dem Territorium einer anderen Vertragspartei zu regeln. Gleichzeitig wird jedoch betont, dass die Entsendung oder Aufnahme von Truppen eines SHIRBRIG Teilnehmerstaates durch Sondervereinbarung zu regeln ist. Das vorliegende Übereinkommen regelt daher lediglich die Modalitäten für SHIRBRIG Aktivitäten, stellt aber nicht die Grundlage dafür dar (d. h., es hat „ius in praesentia“ aber nicht „ius ad praesentiam“ zum Gegenstand).

Zu Artikel I

In diesem Artikel werden häufig wiederkehrende Begriffe des Übereinkommens verbindlich definiert, um Auslegungsschwierigkeiten zu verhindern.

Zu den Aufgaben und der Struktur von SHIRBRIG vgl. auch den Bericht der SHIRBRIG Arbeitsgruppe vom August 1996 (vgl. <http://www.shirbrig.dk/Frames/Main.htm>). Das Planungselement soll als ständiger Stab die Errichtung und Einsatzfähigkeit von SHIRBRIG vorbereiten.

Zu Artikel II

Abs. 1 lit. a erklärt für SHIRBRIG Aktivitäten die Bestimmungen des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-SOFA, BGBI. III Nr. 135/1998) und des Übereinkommens zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen samt Zusatzprotokoll (BGBI. III Nr. 136/1998 und BGBI. III Nr. 137/1998, PfP-SOFA) sinngemäß für anwendbar. Österreich hat anlässlich der Ratifikation des letztgenannten Übereinkommens zwei Erklärungen abgegeben, die auch für die Anwendung des vorliegenden Übereinkommens maßgeblich sind.

Die Anwendung des Pariser Protokolls nach Abs. 2 beschränkt sich ausschließlich auf das Planungselement, das seinen Sitz in Dänemark hat, und gilt nur für die Beziehungen des Planungselementes und seiner Bediensteten im Verhältnis zu Dänemark. Das Pariser Protokoll verweist seinerseits auf das NATO-SOFA und regelt den Status der militärischen Hauptquartiere der NATO sowie deren Bediensteter auf dem Gebiet der Vertragsstaaten. Es beinhaltet u.a. Regelungen über Steuerbefreiungen, räumt den jeweiligen „Supreme Headquarters“ Rechtspersönlichkeit ein und sieht die Unverletzlichkeit der Hauptquartiere sowie der Archive vor. Das Pariser Protokoll wird als mittelbarer Vertragsbestandteil des vorliegenden Übereinkommens als Anhang zum vorliegenden Übereinkommen aus Gründen der Publizität auf Grund § 2 Abs. 5 Z 5 BGBIG 1996 im Teil III des Bundesgesetzbuches verlautbart. Der Republik Österreich erwachsen durch diesen Verweis keine Verpflichtungen, lediglich der dem Planungselement zugeteilte österreichische Vertreter kommt, solange er sich in Dänemark befindet, in den Genuss der im Pariser Protokoll geregelten Befreiungen und Vorrechte.

Da Staaten, die nicht Mitglied der NATO sind, keine Vertreter in ihre Organe entsenden können und dem gemäß nicht an Beschlüsse dieser Organe gebunden sind, sind Bestimmungen des NATO-SOFA, die einen Verweis z. B. auf den Nordatlantikrat (vgl. etwa Art. XVII betreffend die Revision des NATO-SOFA oder Art. VIII Abs. 2 lit. b) enthalten, so zu verstehen, dass sie eine Verpflichtung beinhalten, diese Angelegenheiten entsprechen Art. V dieses Übereinkommens, d. h. durch Verhandlungen der Streitparteien zu behandeln (Abs. 2 lit. a).

Lit. b und c passen die jeweiligen Begriffe des NATO-SOFA den Gegebenheiten des vorliegenden Übereinkommens an.

Lit. d enthält eine derartige Klarstellung für das Planungselement.

Zu Artikel III

Für Schäden, die einer Vertragspartei auf ihrem Territorium durch Truppenangehörige einer anderen Vertragspartei entstehen, sieht Art III vor, dass die in Art. VIII Abs. 2 lit. f des NATO-SOFA vorgesehene Bagatellgrenze für Dänemark (ca. € 1300) einheitlich Anwendung findet.

Zu Artikel IV

Dieser Artikel stellt ausdrücklich klar, dass das Übereinkommen bestehende internationale Regelungen nicht beeinträchtigt.

Zu Artikel V

Die Streitbeilegungsklausel nach Art. V kommt insbesondere auch in den in Art. II Abs. 2 lit. a genannten Fällen zur Anwendung.

Zu Artikel VI bis IX

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlussklauseln. Die Änderung des Übereinkommens bedarf der Zustimmung aller Vertragsparteien (Art. VI), Unterzeichnung durch die genannten Staaten (Art. VII Abs. 1), Ratifikation, Annahme, Genehmigung (Art. VII Abs. 2), Beitritt (Abs. 3), In- Kraft- Treten (Art. VIII Abs. 1), Registrierung des Übereinkommens beim Generalsekretär der Vereinten Nationen (Abs. 3) und Regelung des Rücktritts vom Vertrag (Art. IX).

Außerdem wird im Art. VIII Abs. 2 ausdrücklich bestimmt, dass die bilateralen Abkommen zwischen Dänemark und den SHIRBRIG Teilnehmerstaat betreffend den Status des Planungselementes mit dem In-Kraft-Treten dieses Übereinkommens zwischen Dänemark und dem betreffenden Staat außer Kraft treten (im Fall Österreich das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung von Dänemark über den Status des Planungselementes der Multinationalen Brigade der Vereinten Nationen aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft (SHIRBRIG) in Dänemark; BGBl. III Nr. 22/1999).

Anhang**Pariser Protokoll
(deutsche Übersetzung)****Protokoll****über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten
internationalen militärischen Hauptquartiere**

Die Parteien des am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Nordatlantikvertrags -
IN ANBETRACHT DESSEN, dass auf Grund des Nordatlantikvertrags durch besondere Vereinbarungen
internationale militärische Hauptquartiere in ihrem Hoheitsgebiet errichtet werden können,
IN DEM WUNSCHEN, die Rechtsstellung dieser Hauptquartiere und deren Personals im Bereich des
Nordatlantikvertrags festzulegen -
**HABEN dieses Protokoll zu dem am 19. Juni 1951 in London unterzeichneten Abkommen über die
Rechtsstellung ihrer Truppen vereinbart:**

ARTIKEL 1

In diesem Protokoll bedeutet der Ausdruck

- a) „Abkommen“ das am 19. Juni 1951 in London von den Parteien des Nordatlantikvertrags
unterzeichnete Abkommen über die Rechtsstellung ihrer Truppen;
- b) „Oberstes Hauptquartier“ das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte, Europa, das
Hauptquartier des Obersten Alliierten Befehlshabers Altantik sowie jedes entsprechende, auf Grund
des Nordatlantikvertrags errichtete internationale militärische Hauptquartier;
- c) „Alliiertes Hauptquartier“ jedes Oberste Hauptquartier und jedes auf Grund des Nordatlantikvertrags
errichtete internationale militärische Hauptquartier, das einem Obersten Hauptquartier unmittelbar
unterstellt ist;
- d) „Nordatlantikrat“ den nach Artikel IX des Nordatlantikvertrags errichteten Rat oder die zum
Handeln in seinem Namen befugten nachgeordneten Stellen.

ARTIKEL 2

Vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen dieses Protokolls findet das Abkommen auf Alliierte
Hauptquartiere Anwendung, die in dem im Bereich des Nordatlantikvertrags gelegenen Hoheitsgebiet
einer Partei dieses Protokolls errichtet sind, sowie auf das Militär- und Zivilpersonal dieser
Hauptquartiere und seine Angehörigen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 lit. a, b und c, wenn dieses
Personal sich im Zusammenhang mit seinen Dienstobligationen oder wenn seine Angehörigen sich im
Zusammenhang mit den Dienstobligationen des Ehegatten oder Elternteils in einem solchen
Hoheitsgebiet aufhalten.

ARTIKEL 3

- (1) Für die Anwendung des Abkommens auf ein Alliiertes Hauptquartier haben die in dem
Abkommen enthaltenen Ausdrücke „Truppe“, „ziviles Gefolge“ und „Angehöriger“ folgende Bedeutung:
- a) „Truppe“ bedeutet das einem Alliierten Hauptquartier zugeteilte Personal, das zu den Land-, See-
oder Luftstreitkräften einer Partei des Nordatlantikvertrags gehört;
 - b) „ziviles Gefolge“ bedeutet Zivilpersonal, soweit es sich nicht um Staatenlose oder um
Staatsangehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrags ist, oder um
Staatsangehörige des Aufnahmestaats oder um Personen handelt, die dort ihren gewöhnlichen
Aufenthalt haben, das i) dem Alliierten Hauptquartier zugeteilt und bei den Streitkräften einer Partei
des Nordatlantikvertrags beschäftigt ist oder ii) zu den vom Nordatlantikrat bestimmten Gruppen des
bei einem Alliierten Hauptquartier beschäftigten Zivilpersonals gehört;

- c) „Angehöriger“ bedeutet den Ehegatten eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges im Sinne der lit. a und b sowie ein dem Mitglied gegenüber unterhaltsberechtigtes Kind.
- (2) Für die Zwecke der Artikel II, V Absatz 2, VII Absatz 10, IX Absätze 2, 3, 4 7 und 8 und XIII des Abkommens gilt ein Alliiertes Hauptquartier als Truppe.

ARTIKEL 4

Die Rechte und Pflichten, die dem Entsendestaat oder seinen Behörden hinsichtlich seiner Truppen, ihrer zivilen Gefolge oder Angehörigen aus dem Abkommen erwachsen, werden in bezug auf ein Alliiertes Hauptquartier und sein Personal und dessen Angehörige, auf die das Abkommen nach Artikel 2 dieses Protokolls Anwendung findet, auf das zuständige Oberste Hauptquartier und die ihm unterstellten Behörden übertragen, jedoch unter dem Vorbehalt,

- a) dass das durch Artikel VII des Abkommens den Militärbehörden des Entsendestaats gewährte Recht, die Straf- und Disziplinargerichtsbarkeit auszuüben, den Militärbehörden des Staates übertragen wird, dessen Militärrecht die betreffende Person gegebenenfalls untersteht;
- b) dass die dem Entsendestaat oder seinen Behörden durch die Artikel II, III Absatz 4, VII Absätze 5a und 6a, VIII Absätze 9 und 10 sowie XIII des Abkommens auferlegten Pflichten sowohl dem Alliierten Hauptquartier als auch dem Staat obliegen, dessen Streitkräfte betroffen sind; dies gilt auch, wenn deren Mitglieder oder Bedienstete oder ihre Angehörigen betroffen sind;
- c) dass für die Zwecke der Artikel III Absätze 2a und 5 sowie XIV des Abkommens in bezug auf Mitglieder einer Truppe und ihre Angehörigen der Entsendestaat der Staat ist, zu dessen Streitkräften das Mitglied gehört, und in bezug auf Mitglieder eines zivilen Gefolges und ihre Angehörigen der Staat, bei dessen Streitkräften das Mitglied gegebenenfalls beschäftigt ist;
- d) dass die dem Entsendestaat auf Grund des Artikels VIII Absätze 6 und 7 des Abkommens auferlegten Pflichten dem Staat obliegen, zu dessen Streitkräften die Person gehört, deren Handlung oder Unterlassung dem Anspruch zugrunde liegt, und in Bezug auf ein Mitglied eines zivilen Gefolges dem Staat, bei dessen Streitkräften es beschäftigt ist, oder, wenn ein solcher Staat nicht vorhanden ist, dem Alliierten Hauptquartier, dem die betreffende Person angehört.

Bezüglich der Ernennung eines Schiedsrichters nach Artikel VIII Absatz 8 des Abkommens werden die Rechte des Entsendestaates sowohl von dem betreffenden Alliierten Hauptquartier als auch von dem Staat wahrgenommen, dem gegebenenfalls die in dem vorliegenden Absatz bezeichneten Pflichten obliegen.

ARTIKEL 5

Jedes Mitglied eines Alliierten Hauptquartiers muss im Besitz eines von diesem ausgestellten und mit einem Lichtbild versehenen Personalausweises sein, in dem Name und Vorname, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Rang oder Dienstgrad, Erkennungsnummer (falls vorhanden) und Gültigkeitsdauer eingetragen sind. Der Ausweis ist auf Verlangen vorzuzeigen.

ARTIKEL 6

(1) Die durch Artikel VIII des Abkommens den Vertragsparteien auferlegte Verpflichtung, auf Ansprüche zu verzichten, obliegt sowohl den Alliierten Hauptquartieren als auch jeder in Betracht kommenden Partei dieses Protokolls.

- (2) Für die Zwecke des Artikels VIII Absätze 1 und 2 des Abkommens
- a) gelten Vermögenswerte, die einem Alliierten Hauptquartier oder einer Partei dieses Protokolls gehören und von einem Alliierten Hauptquartier benutzt werden, als Vermögenswerte, die einer Vertragspartei gehören und von ihren Streitkräften benutzt werden;
 - b) gilt ein Schaden, der durch ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 dieses Protokolls oder durch einen anderen Bediensteten eines Alliierten Hauptquartiers verursacht worden ist, als ein durch ein Mitglied oder einen Bediensteten der Streitkräfte einer Vertragspartei verursachter Schaden;
 - c) findet die in Artikel VIII Absatz 3 des Abkommens enthaltene Begriffsbestimmung des Ausdrucks „einer Vertragspartei gehörend“ Anwendung auf ein Alliiertes Hauptquartier.

(3) Die Ansprüche, auf die Artikel VIII Absatz 5 des Abkommens Anwendung findet, umfassen Ansprüche (ausgenommen vertragliche Ansprüche und Ansprüche, auf welche die Absätze 6 und 7 des genannten Artikels Anwendung finden), die sich daraus ergeben, dass durch Handlungen oder Unterlassungen von Bediensteten eines Alliierten Hauptquartiers oder durch eine andere Handlung, Unterlassung oder Begebenheit, für die ein Alliiertes Hauptquartier rechtlich verantwortlich ist, in dem Hoheitsgebiet eines Aufnahmestaats einem Dritten, mit Ausnahme einer der Parteien dieses Protokolls, ein Schaden zugefügt worden ist.

ARTIKEL 7

(1) Die auf Grund des Artikels X des Abkommens den Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges für ihre Bezüge und Einkünfte gewährte Steuerfreiheit wird dem Personal eines Alliierten Hauptquartiers im Sinne des Artikels 3 Absatz 1a und b i) dieses Protokolls für Bezüge und Einkünfte gewährt, die ihm in seiner Eigenschaft als derartiges Personal von den Streitkräften gezahlt werden, denen es angehört oder bei denen es beschäftigt ist, jedoch mit der Maßgabe, dass dieser Absatz diese Mitglieder und Bediensteten nicht von Steuern befreit, die von ihrem Heimatstaat erhoben werden.

(2) Bedienstete eines Alliierten Hauptquartiers, die zu den vom Nordatlantikrat bestimmten Gruppen gehören, sind von Steuern auf Bezüge und Einkünfte befreit, die ihnen in ihrer Eigenschaft als derartige Bedienstete von dem Alliierten Hauptquartier gezahlt werden. Jede Partei dieses Protokolls kann jedoch eine Vereinbarung mit dem Alliierten Hauptquartier treffen, wonach sie ihre eigenen Staatsangehörigen (auf Wunsch der Vertragspartei mit Ausnahme derjenigen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei haben), die bei dem Alliierten Hauptquartier beschäftigt werden sollen, selbst anstellt und dem Hauptquartier zuweist; die Bezüge und Einkünfte dieser Personen werden aus den Mitteln dieser Vertragspartei nach von ihr festgelegten Sätzen gezahlt. Die Bezüge und Einkünfte können von der betreffenden Vertragspartei besteuert werden, sind jedoch von der Besteuerung durch eine andere Vertragspartei befreit. Wird eine solche von einer Partei dieses Protokolls getroffene Vereinbarung später geändert oder aufgehoben, so sind die Parteien dieses Protokolls nicht mehr nach Satz 1 verpflichtet, für die ihren Staatsangehörigen gezahlten Bezüge und Einkünfte Steuerfreiheit zu gewähren.

ARTIKEL 8

(1) Um die Errichtung, den Bau, die Instandhaltung und die Tätigkeit der Alliierten Hauptquartiere zu erleichtern, werden diese nach Möglichkeit von Gebühren und Abgaben in bezug auf Ausgaben befreit, die ihnen im Interesse der gemeinsamen Verteidigung und für ausschließlich dienstliche Zwecke entstehen; jede Partei dieses Protokolls nimmt mit den in ihrem Hoheitsgebiet tätigen Alliierten Hauptquartieren Verhandlungen auf mit dem Ziel, entsprechende Vereinbarungen zu schließen.

(2) Einem Alliierten Hauptquartier stehen die nach Maßgabe des Artikels XI des Abkommens einer Truppe gewährten Rechte zu.

(3) Artikel XI Absätze 5 und 6 des Abkommens findet keine Anwendung auf Staatsangehörige des Aufnahmestaats, sofern sie nicht den Streitkräften einer anderen Partei dieses Protokolls angehören.

(4) Der Ausdruck „Gebühren und Abgaben“ in diesem Artikel umfasst nicht die Vergütung für geleistete Dienste.

ARTIKEL 9

Soweit der Nordatlantikrat nichts anderes beschließt, gilt folgendes:

- a) Vermögenswerte, die mit den internationalen Mitteln des Anlagehaushalts eines Alliierten Hauptquartiers erworben worden sind und von diesem nicht mehr benötigt werden, werden nach vom Nordatlantikrat genehmigten Vereinbarungen veräußert; der Erlös wird in dem Verhältnis an die Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags verteilt oder ihnen gutgeschrieben, in dem sie zu den Anlagekosten des Hauptquartiers beigetragen haben. Der Aufnahmestaat hat das Vorkaufsrecht bezüglich des in seinem Hoheitsgebiet in dieser Weise veräußerten unbeweglichen Vermögens, sofern er nicht ungünstigere Bedingungen bietet als Dritte.
- b) Grund und Boden, Gebäude und feste Einrichtungen, die von dem Aufnahmestaat einem Alliierten Hauptquartier ohne Entgelt (ausgenommen ein nominelles Entgelt) zur Benutzung zur Verfügung

- 9 -

gestellt worden sind und von diesem nicht mehr benötigt werden, sind dem Aufnahmestaat zurückzugeben; jeder infolge der Benutzung durch das Hauptquartier an dem vom Aufnahmestaat zur Verfügung gestellten Vermögen entstandene Wertzuwachs oder Wertverlust wird vom Nordatlantikrat (unter Berücksichtigung aller einschlägigen Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats) ermittelt und in dem Verhältnis auf die Parteien des Nordatlantikvertrags verteilt oder ihnen gutgeschrieben bzw. belastet, in dem sie zu den Anlagekosten des Hauptquartiers beigetragen haben.

ARTIKEL 10

Jedes Oberste Hauptquartier besitzt Rechtspersönlichkeit; es kann Verträge schließen sowie Vermögen erwerben und veräußern. Der Aufnahmestaat kann jedoch die Ausübung dieser Fähigkeit von besonderen Vereinbarungen zwischen ihm und dem Obersten Hauptquartier oder einem nachgeordneten Alliierten Hauptquartier abhängig machen, das im Namen des Obersten Hauptquartiers handelt.

ARTIKEL 11

(1) Vorbehaltlich des Artikels VIII des Abkommens kann ein Oberstes Hauptquartier vor Gericht klagen und verklagt werden. Das Oberste Hauptquartier oder ein von ihm ermächtigtes nachgeordnetes Alliiertes Hauptquartier kann jedoch mit dem Aufnahmestaat vereinbaren, dass dieser Staat vor seinen Gerichten in allen Verfahren, bei denen das Oberste Hauptquartier Prozesspartei ist, an dessen Stelle tritt.

(2) Gegen ein Alliiertes Hauptquartier dürfen keine Vollstreckungsmaßnahmen oder auf die Pfändung oder Beschlagnahme seines Vermögens oder seiner Mittel gerichtete Maßnahmen ergriffen werden, es sei denn für die Zwecke der Artikel VII Absatz 6 a und XIII des Abkommens.

ARTIKEL 12

(1) Zur Bewirtschaftung seines internationalen Haushalts kann ein Alliiertes Hauptquartier Zahlungsmittel jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten.

(2) Die Vertragsparteien dieses Protokolls erleichtern auf Ersuchen eines Alliierten Hauptquartiers diesem den Transfer seiner Mittel von einem Land in ein anderes sowie die Konvertierung aller in seinem Besitz befindlichen Zahlungsmittel in jede andere Währung, soweit dies erforderlich ist, um den Bedürfnissen eines Alliierten Hauptquartiers zu genügen.

ARTIKEL 13

Die Archive und sonstigen amtlichen Urkunden eines Alliierten Hauptquartiers, die in den von dem Hauptquartier benutzten Räumlichkeiten aufbewahrt werden oder sich im Besitz eines seiner hierzu ordnungsgemäß ermächtigten Mitglieder befinden, sind unverletzlich, es sei denn, dass das Hauptquartier auf diese Immunität verzichtet hat. Auf Ersuchen des Aufnahmestaats und in Anwesenheit seines Vertreters prüft das Hauptquartier die Art der Urkunden, um festzustellen, ob sie unter die in diesem Artikel vorgesehene Immunität fallen.

ARTIKEL 14

(1) Dieses Protokoll oder das Abkommen kann auf Beschluss des Nordatlantikrats ganz oder teilweise auf jedes internationale militärische Hauptquartier und jede internationale militärische Organisation (die nicht unter die Begriffsbestimmungen des Artikels 1 lit. b und c dieses Protokolls fallen) angewendet werden, die auf Grund des Nordatlantikvertrags errichtet sind.

(2) Wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ins Leben gerufen ist, kann dieses Protokoll auf das Personal der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte, das einem Alliierten Hauptquartier zugeteilt ist, und auf dessen Angehörige zu einem Zeitpunkt und in einer Weise angewendet werden, die der Nordatlantikrat bestimmt.

ARTIKEL 15

Alle Streitigkeiten zwischen den Parteien dieses Protokolls oder zwischen diesen Parteien und einem Alliierten Hauptquartier über die Auslegung oder Anwendung des Protokolls werden durch

Verhandlungen zwischen den Streitparteien ohne Inanspruchnahme außenstehender Gerichte beigelegt. Soweit dieses Protokoll oder das Abkommen nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, werden alle Streitigkeiten, die durch unmittelbare Verhandlungen nicht beigelegt werden können, dem Nordatlantikrat unterbreitet.

ARTIKEL 16

(1) Die Artikel XV und XVII bis XX des Abkommens finden in bezug auf dieses Protokoll so Anwendung, als wenn sie dessen Bestandteil wären, jedoch in der Weise, dass eine Revision, Aussetzung, Ratifikation, Kündigung oder Erstreckung des Protokolls oder ein Beitritt zu demselben nach Maßgabe der genannten Bestimmungen unabhängig von dem Abkommen erfolgen kann.

(2) Dieses Protokoll kann durch zweiseitige Vereinbarungen zwischen dem Aufnahmestaat und einem Obersten Hauptquartier ergänzt werden, und die Behörden des Aufnahmestaats und ein Oberstes Hauptquartier können übereinkommen, jeder Bestimmung dieses Protokolls oder des Abkommens in der Form seiner Anwendung durch das Protokoll schon vor der Ratifikation durch Verwaltungsmaßnahmen Wirkung zu verleihen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris, am 20. August 1952 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

Für das KÖNIGREICH BELGIEN:

André de Staercke

Für KANADA:

A. D. P. Heeney

Für das KÖNIGREICH DÄNEMARK:

Sandager Jeppe sen

Für die VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:

William H. Draper, Jr

Für FRANKREICH:

Hervé Alphand

Für das KÖNIGREICH GRIECHENLAND:

Pan. Papanelis

Für ISLAND:

Gunnlaugur Pétursson

Für ITALIEN:

A. Rossi-Longhi

Für das GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:

G. Heisboureg

Für das KÖNIGREICH NORWEGEN:

S. Chr. Sommerfelt

Für das KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE:

- 11 -

A. W. L. Tjarda van Starkenborgh Stachouwer

Für PORTUGAL:

H. Caldeira Queiroz

Für das VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:

F. R. Hoyer Millar

Für die TÜRKEI:

Taha Carin

Protocol
 On the Status of International Military Headquarters
 Set up Pursuant to the North Atlantic Treaty

The parties to the North Atlantic Treaty signed in Washington on 4th April, 1949,
 Considering that international military Headquarters may be established in their territories,
 by separate arrangement, under the North Atlantic Treaty, and
 Desiring to define the status of such Headquarters and of the personnel thereof within the
 North Atlantic Treaty area,
 Have agreed to the present Protocol to the Agreement signed in London on 19th June,
 1951, regarding the Status of their Forces:

Article 1

In the present Protocol the expression

- a. 'the Agreement' means the Agreement signed in London on 19th June, 1951, by the
 Parties to the North Atlantic Treaty regarding the status of their Forces;
- b. 'Supreme Headquarters' means Supreme Headquarters Allied Powers in Europe,
 Headquarters of the Supreme Allied Commander Atlantic and any equivalent
 international military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty;
- c. 'Allied Headquarters' means any Supreme Headquarters and any international
 military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty which is
 immediately subordinate to a Supreme Headquarters;
- d. 'North Atlantic Council' means the Council established by Article IX of the North
 Atlantic Treaty or any of its subsidiary bodies authorised to act on its behalf.

Article 2

Subject to the following provisions of this Protocol, the Agreement shall apply to Allied
 Headquarters in the territory of a Party to the present Protocol in the North Atlantic Treaty
 area, and to the military and civilian personnel of such Headquarters and their dependents
 included in the definitions in sub-paragraphs a., b. and c. of paragraph 1 of Article 3 of this
 Protocol, when such personnel are present in any such territory in connection with their
 official duties or, in the case of dependents, the official duties of their spouse or parent.

Article 3

1. For the purpose of applying the Agreement to an Allied Headquarters the
 expressions 'force', 'civilian component' and 'dependent', wherever they occur in the
 Agreement shall have the meanings set out below:
 - a. 'force' means the personnel attached to the Allied Headquarters who belong
 to the land, sea or air armed services of any Party to the North Atlantic
 Treaty;
 - b. 'civilian component' means civilian personnel who are not stateless persons,
 nor nationals of any State which is not a Party to the Treaty, nor nationals of,
 nor ordinarily resident in the receiving State, and who are (i) attached to the
 Allied Headquarters and in the employ of an armed service of a Party to the
 North Atlantic Treaty or (ii) in such categories of civilian personnel in the
 employ of the Allied Headquarters as the North Atlantic Council shall decide;

- 2 -

- c. 'dependent' means the spouse of a member of a force or civilian component, as defined in sub-paragraphs a. and b. of this paragraph, or a child of such member depending on him or her support.
- 2. An Allied Headquarters shall be considered to be a force for the purposes of Article II, paragraph 2 of Article V, paragraph 10 of Article VII, paragraphs 2,3,4,7 and 8 of Article IX, and Article XIII, of the Agreement.

Article 4

The rights and obligations which the Agreement gives to or imposes upon the sending State or its authorities in respect of its forces or their civilian components or dependents shall, in respect of an Allied Headquarters and its personnel and their dependents to whom the Agreement applies in accordance with Article 2 of the present Protocol, be vested in or attached to the appropriate Supreme Headquarters and the authorities responsible under it, except that:

- a. the right which is given by Article VII of the Agreement to the military authorities of the sending State to exercise criminal and disciplinary jurisdiction shall be vested in the military authorities of the State, if any, to whose military law the person concerned is subject;
- b. the obligations imposed upon the sending state or its authorities by Article II, paragraph 4 of Article III, paragraphs 5 a. and 6 a. of Article VII paragraphs 9 and 10 of Article VIII, and Article XIII, of the Agreement , shall attach both to the Allied Headquarters and to any State whose armed service, or any member or employee of whose armed service, or the dependent of such member or employee, is concerned;
- c. for the purposes of paragraphs 2 a. and 5 of Article III, and Article XIV, of the Agreement the sending State shall be, in the case of members of a force and their dependents, the State to whose armed service the member belongs, or, in the case of members of a civilian component and their dependents, the State, if any, by whose armed service the member is employed;
- d. the obligations imposed on the sending State by virtue of paragraphs 6 and 7 of Article VIII of the Agreement shall attach to the State to whose armed service the person belongs whose act or omission has given rise to the claim or, in the case of a member of a civilian component, to the State by whose armed service he is employed or, if there is no such State, to the Allied Headquarters of which the person concerned is a member.

Both the State, if any, to which obligations attach under this paragraph and the Allied Headquarters concerned shall have the rights of the sending State in connection with the appointment of an arbitrator under paragraph 8 of Article VIII.

Article 5

Every member of an Allied Headquarters shall have a personal identity card issued by the Headquarters showing names, date and place of birth, nationality, rank or grade, number (if any), photograph and period of validity. This card must be presented on demand.

Article 6

- 1. The obligations to waive claims imposed on the Contracting Parties by Article VIII of the Agreement shall attach both to the Allied Headquarters and to any Party to this Protocol concerned.

2. For the purposes of paragraphs 1 and 2 of Article VIII of the Agreement,
- a. property owned by an Allied Headquarters or by a Party to this Protocol and used by an Allied Headquarters shall be deemed to be property owned by a Contracting Party and used by its armed services;
 - b. damage caused by a member of a force or civilian component as defined in paragraph 1 of Article 3 of this Protocol or by any other employee of an Allied Headquarters shall be deemed to be damage caused by a member or employee of the armed services of a Contracting Party;
 - c. the definition of the expression 'owned by a Contracting Party' in paragraph 3 of Article VIII shall apply in respect of an Allied Headquarters.
3. The claims to which paragraph 5 of Article VIII of the Agreement applies shall include claims (other than contractual claims and claims to which paragraphs 6 or 7 of that Article apply) arising out of acts or omissions of any employees of an Allied Headquarters, or out of any other act, omission or occurrence for which an Allied Headquarters, or out of any other act, omissions or occurrence for which an Allied Headquarters is legally responsible, and causing in the territory of a receiving State to third parties, other than any of the Parties to this Protocol.

Article 7

1. The exemption from taxation accorded under Article X of the Agreement to members of a force or civilian component in respect of their salaries and emoluments shall apply, as regards personnel of an Allied Headquarters within the definitions in paragraph 1 a. and b. (i) of Article 3 of this Protocol, to salaries and emoluments paid to them as such personnel by the armed service to which they belong or by which they are employed, except that this paragraph shall not exempt any such member or employee from taxation imposed by a State of which he is a national.
2. Employees of an Allied Headquarters of categories agreed by the North Atlantic Council shall be exempted from taxation on the salaries and emoluments paid to them by the Allied Headquarters in their capacity as such employees. Any Party to the present Protocol may, however, conclude an arrangement with the Allied Headquarters whereby such Party will employ and assign to the Allied Headquarters all of its nationals (except, if such Party so desires, any not ordinarily resident within its territory) who are to serve on the staff of the Allied Headquarters and pay the salaries and emoluments of such persons from its own funds, at a scale fixes by it. The salaries and emoluments so paid may be taxed by the Party concerned but shall be exempted from taxation by any other Party. If such an arrangement is entered into by any Party to the present Protocol and is subsequently modified or terminated, Parties to the present Protocol shall no longer be bound under the first sentence of this paragraph to exempt from taxation the salaries and emoluments paid to their nationals.

Article 8

1. For the purpose of facilitating the establishment, construction, maintenance and operation of Allied Headquarters, these Headquarters shall be relieved, so far as practicable, from duties and taxes, affecting expenditures by them in the interest of common defence and for their official and exclusive benefit, and each Party to the present Protocol shall enter into negotiations with any Allied Headquarters

operating in its territory for the purpose of concluding an agreement to give effect to this provision.

2. An Allied Headquarters shall have the rights granted to a force under Article XI of the Agreement subject to the same conditions.
3. The provisions in paragraphs 5 and 6 of Article XI of the Agreement shall not apply to nationals of the receiving States, unless such nationals belong to the armed services of a Party to this Protocol other than the receiving State.
4. The expression 'duties and taxes' in this Article does not include charges for services rendered.

Article 9

Except in so far as the North Atlantic Council may decide otherwise,

- a. any assets acquired from the international funds of an Allied Headquarters under its capital budget and no longer required by the Headquarters shall be disposed of under arrangements approved by the North Atlantic Council and the proceeds shall be distributed among or credited to the Parties to the North Atlantic Treaty in the proportions in which they have contributed to the capital costs of the Headquarters. The receiving State shall have the prior right to acquire any immovable property so disposed of in its territory provided that it offers terms no less favourable than those offered by any third party;
- b. any land, buildings or fixed installations provided for the use of an Allied Headquarters by the receiving State without charge to the Headquarters (other than a nominal charge) and no longer required by the Headquarters shall be handed back to the receiving State, and any increase or loss in the value of the property provided by the receiving State resulting from its use by the Headquarters shall be determined by the North Atlantic Council (taking into consideration any applicable law of the receiving State) and distributed among or credited or debited to the Parties to the North Atlantic Treaty in the proportions in which they have contributed to the capital costs of the Headquarters.

Article 10

Each Supreme Headquarters shall possess juridical personality; it shall have the capacity to conclude contracts and to acquire and dispose of property. The receiving State may, however, make the exercise of such capacity subject to special arrangements between it and the Supreme Headquarters or any subordinate Allied Headquarters acting on behalf of the Supreme Headquarters.

Article 11

1. Subject to the provisions of Article VIII of the Agreement, a Supreme Headquarters may engage in legal proceedings as claimant or defendant. However, the receiving State and the Supreme Headquarters or any subordinate Allied Headquarters authorized by it may agree that the receiving State shall act on behalf of the Supreme Headquarters in any legal proceedings to which that Headquarters is a party before the courts of the receiving State.
2. No measure of execution or measure directed to the seizure or attachment of its property or funds shall be taken against any Allied Headquarters, except for the purposes of paragraph 6 a. of Article VII and Article XIII of the Agreement.

Article 12

1. To enable it to operate its international budget, an Allied Headquarters may hold currency of any kind and operate accounts in any currency
2. The Parties to the present Protocol shall, at the request of an Allied Headquarters, facilitate transfers of the funds of such Headquarters from one country to another and the conversion of any currency held by an Allied Headquarters into any other currency, when necessary to meet the requirements of any Allied Headquarters.

Article 13

The archives and other official documents of an Allied Headquarters kept in premises used by those Headquarters or in the possession of any properly authorized member of the Headquarters shall be inviolable, unless the Headquarters has waived this immunity. The Headquarters shall, at the request of the receiving State and in the presence of a representative of that State, verify the nature of any documents to confirm that they are entitled to immunity under this Article.

Article 14

1. The whole or any part of the present Protocol or of the Agreement may be applied, by decision of the North Atlantic Council, to any international military Headquarters or organization (not included in the definitions in paragraphs b. and c. of Article 1 of this Protocol) which is established pursuant to the North Atlantic Treaty.
2. When the European Defence Community comes into being, the present Protocol may be applied to the personnel of the European Defence Forces attached to an Allied Headquarters and their dependents at such time and in such manner as may be determined by the North Atlantic Council

Article 15

All differences between the Parties to the present Protocol or between any such Parties and any Allied Headquarters relating to the interpretation or application of the Protocol shall be settled by negotiation between the parties in dispute without recourse to any outside jurisdiction. Except where express provision is made to the contrary in the present Protocol or in the Agreement, differences which cannot be settled by direct negotiation shall be referred to the North Atlantic Council.

Article 16

1. Articles XV and XVII to XX of the Agreement shall apply as regards the present Protocol as if they were an integral part thereof, but so that the Protocol may be reviewed, suspended, ratified, acceded to, denounced or extended in accordance with those provisions independently from the Agreement.
2. The present Protocol may be supplemented by bilateral agreement between the receiving State and a Supreme Headquarters, and the authorities of a receiving State and a Supreme Headquarters may agree to give effect, by administrative means in advance of ratification, to any provisions of this Protocol or of the Agreement as applied by it.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries have signed the present Protocol.

Done in Paris this 28th day of August 1952, in the English and French languages, both texts being equally authoritative, in a single original which shall be deposited in the

- 6 -

archives of the Government of the United States of America. The Government of the United States of America shall transmit certified copies thereof to all the signatory and acceding States.

For the KINGDOM OF BELGIUM:

André de Staercke

For CANADA:

A. D. P. Heeney

For the KINGDOM OF DENMARK:

Sandager Jeppesen

For the UNITED STATES OF AMERICA:

William H. Draper, Jr

For FRANCE:

Hervé Alphand

For the KINGDOM OF GREECE:

Pan. Pipinelis

For ICELAND:

Gunnlaugur Pétursson

- 7 -

For ITALY:

A. Rossi - Longhi

For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:

G. Heisbourg

For the KINGDOM OF NORWAY:

S. Chr. Sommerfelt

For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:

A. W. L. Tjarda van Starkenborgh Stachouwer

For PORTUGAL:

H. Caldeira Queiroz

For the UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND:

F. R. Hoyer Millar

For TURKEY:

Taha Carin

Protocole sur le statut des quartiers généraux militaires internationaux créés en vertu
du Traité de l'Atlantique Nord
Paris, le 28 août 1952

Les Etats parties au Traité de l'Atlantique Nord signé à Washington le 4 avril 1949,

Considérant que des quartiers généraux militaires internationaux pourront être établis
sur leurs territoires par accords particuliers conclus en vertu du Traité de l'Atlantique
Nord,

Désireux de définir le statut de ces quartiers généraux et du personnel y appartenant,
lorsqu'ils se trouvent dans la région du Traité de l'Atlantique Nord,

Sont convenus du présent protocole «la Convention sur le statut de leurs forces,
signée» Londres le 19 juin 1951:

Article 1

Dans le présent protocole:

- a. Par «Convention», on entend la Convention signée à Londres le 19 juin 1951 par
les Etats parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le statut de leurs forces;
- b. Par «Quartier général suprême», on entend tout quartier général suprême des
Forces alliées en Europe, le Quartier général suprême des Forces alliées de
l'Atlantique et tout autre quartier général équivalent institué en vertu du Traité de
l'Atlantique Nord;
- c. Par «Quartier général interallié», on entend tout quartier général suprême et tout
quartier général militaire international créé en vertu du Traité de l'Atlantique Nord et
directement subordonné à un quartier général suprême;
- d. Par «Conseil de l'Atlantique Nord», on entend le Conseil institué en vertu de
l'article IX du Traité de l'Atlantique Nord, ou chacun des organismes subsidiaires
autorisés à agir en son nom.

Article 2

Sous réserve des dispositions ci-après du présent protocole, la Convention
s'appliquera aux quartiers généraux interalliés établis sur le territoire d'un Etat partie
au présent protocole dans la zone du Traité de l'Atlantique Nord, ainsi qu'au
personnel militaire et civil de ces quartiers généraux et aux personnes à charge de
ce personnel, compris dans les définitions des alinéas a., b. et c. du paragraphe 1 de
l'article 3 du présent protocole, lorsque ce personnel se trouve sur l'un des territoires
visés ci-dessus pour l'exécution du service ou, dans le cas des personnes à charge,
pour les besoins du service, du conjoint, ou du parent.

Beilage C**Article 3**

1. Pour l'application de la Convention à un quartier général interallié, les expressions «force», «élément civil» et «personne à charge», chaque fois qu'elles figurent dans la Convention, ont la signification suivante:

- a. Par «force», on entend le personnel affecté à un quartier général interallié et qui appartient aux armées de terre, de mer ou de l'air de tout Etat partie au Traité de l'Atlantique Nord;
- b. Par «élément civil», on entend le personnel civil qui n'est ni apatriote, ni national d'un Etat non partie au Traité de l'Atlantique Nord, non plus que national de l'Etat de séjour, ni une personne qui a sa résidence habituelle dans cet Etat, et (i) qui est affecté au quartier général interallié et employé par l'une des forces armées de l'un des Etats parties au Traité de l'Atlantique Nord, ou (ii) qui appartient à certaines catégories de personnel civil employé par le quartier général interallié ou par le Conseil de l'Atlantique Nord;
- c. Par «personne à charge», on entend le conjoint d'un membre d'une force ou d'un élément civil définis aux alinéas a. et b. du présent paragraphe ou les enfants qui sont à leur charge.

2. Un quartier général interallié est considéré comme une force pour l'application de l'article II, du paragraphe 2 de l'article V, du paragraphe 10 de l'article VII, des paragraphes 2, 3, 4, 7 et 8 de l'article IX, et de l'article XIII de la Convention.

Article 4

Les droits et obligations que la Convention confère ou impose à un Etat d'origine ou à ses autorités au sujet de ses forces, de ses éléments civils ou de leurs personnes à charge, seront, en ce qui concerne les quartiers généraux interalliés, leur personnel et les personnes à charge de ce personnel auxquels s'applique la Convention en vertu de l'article 2 du présent protocole, conférés ou dévolus au quartier général supérieur approprié et aux autorités qui en relèvent, sous les réserves ci-après:

- a. le droit qui est donné par l'article VII de la Convention aux autorités militaires de l'Etat d'origine d'exercer les pouvoirs de juridiction pénale et disciplinaire est conféré aux autorités militaires de l'Etat dont la loi militaire s'applique éventuellement à la personne intéressée;
- b. les obligations imposées à l'Etat d'origine ou à ses autorités par l'article II, par le paragraphe 4 de l'article III, par les paragraphes 5a. et 6a. de l'article VII, par les paragraphes 9 et 10 de l'article VIII et par l'article XIII de la Convention incombent à la fois au quartier général interallié et à l'Etat dont les forces armées, ou tout membre ou employé de ces forces armées, ou la personne à charge de ce membre ou employé sont en cause;

Beilage C

- c. pour l'application des paragraphes 2 a. et 5 de l'article III et de l'article XIV de la Convention, et dans le cas des membres d'une force ou des personnes à leur charge, l'Etat d'origine est l'Etat aux forces armées auquel ce membre appartient, ou, dans le cas de membres d'un élément civil ou de personnes à leur charge, l'Etat par les forces armées auquel ce membre est employé;
- d. les obligations imposées à l'Etat d'origine en vertu des paragraphes 6 et 7 de l'article VIII de la Convention incombent à l'Etat aux forces armées auquel appartient la personne dont l'acte ou la négligence a été à l'origine de la demande d'indemnité, ou, dans le cas d'un membre d'un élément civil, à l'Etat par les forces armées auquel il est employé, ou, à défaut d'un tel Etat, au quartier général interallié auquel la personne en question appartient.

Pour la désignation d'un arbitre, en application du paragraphe 8 de l'article VIII, les droits de l'Etat d'origine sont exercés à la fois par le quartier général interallié intéressé, et par l'Etat auquel incombent, le cas échéant, les obligations définies par le présent paragraphe.

Article 5

Tout membre d'un quartier général interallié doit être porteur d'une carte d'identité personnelle, délivrée par ce quartier général, munie d'une photographie et mentionnant les nom, prénoms, date et lieu de naissance, nationalité, rang ou grade, numéro matricule s'il y a lieu, et la durée de validité de la carte. Cette carte doit être produite à toute réquisition.

Article 6

1. L'obligation de renoncer à toute demande d'indemnité imposée aux parties contractantes en vertu de l'article VIII de la Convention s'applique à la fois aux quartiers généraux interalliés et à tout Etat partie au présent protocole intéressés.
2. Pour l'application des paragraphes 1 et 2 de l'articles VIII de la Convention:
 - a. sont considérés comme biens appartenant à la partie contractante et utilisés par ses forces armées tous biens appartenant à un quartier général interallié ou tous biens d'un Etat partie au présent protocole utilisés par un quartier général interallié;
 - b. est considéré comme dommage causé par un membre des forces armées de la partie contractante ou par un employé de ces forces, tout dommage causé par un membre d'une force ou d'un élément civil, tels qu'ils sont définis au paragraphe 1 de l'article 3 du présent protocole, ou par tout employé d'un quartier général interallié;
 - c. les dispositions du paragraphe 3 de l'article VIII de la Convention s'appliquent à un quartier général interallié considéré comme «partie contractante» aux termes dudit paragraphe.
3. Les demandes d'indemnités visées au paragraphe 5 de l'article VIII de la Convention comprendront les demandes d'indemnités (autres que celles résultant de l'application d'un contrat et que celles auxquelles les paragraphes 6 et 7 de cet article sont applicables) du chef d'actes ou de négligences d'un employé du quartier

Beilage C

général interallié, ou de tout autre acte, négligence ou incident dont un quartier général interallié est légalement responsable et qui ont causé, sur le territoire d'un Etat de séjour, des dommages à un tiers autre que l'une des parties au présent protocole.

Article 7

1. L'exonération d'impôts accordée en vertu de l'article 10 de la Convention aux membres d'une force ou d'un élément civil en ce qui concerne leurs traitements et émoluments s'applique, dans le cas du personnel d'un quartier général interallié répondant aux définitions données dans les paragraphes 1 a. et b. (i) de l'article 3 du présent protocole, aux traitements et émoluments qui leur sont payés en cette qualité par la force armée à laquelle ils appartiennent ou par laquelle ils sont employés, sous réserve toutefois que l'exonération accordée en vertu de ce paragraphe aux membres ou employés en question ne s'applique pas à l'impôt mis en recouvrement par le pays dont ils ont la nationalité.
2. Les employés d'un quartier général interallié appartenant aux catégories arrêtées par le Conseil de l'Atlantique Nord sont exonérés de l'impôt sur les traitements et émoluments qui leur sont versés en cette qualité par le quartier général interallié. Toutefois une partie au présent protocole pourra conclure avec le quartier général intéressé des arrangements permettant à ladite partie de recruter et d'affecter au quartier général intéressé ses propres ressortissants (exception faite, si cette partie le désire, de tout ressortissant ne résidant pas habituellement sur son territoire), devant faire partie du personnel du quartier général. Elle paiera dans ce cas les traitements et émoluments desdites personnes sur ses propres fonds, selon un barème déterminé par elle. Ces traitements et émoluments pourront faire l'objet d'une imposition de la part de la partie en question mais ne pourront être imposés par une autre partie. Si un arrangement de cette nature conclu par une des parties au présent protocole est par la suite modifié ou dénoncé, les parties au présent protocole ne seront plus obligées, en vertu de la première clause du présent paragraphe, d'exonérer de l'impôt les traitements et émoluments payés à leurs propres ressortissants.

Article 8

1. En vue de faciliter l'établissement, la construction, l'entretien et le fonctionnement des quartiers généraux interalliés, ces quartiers généraux sont exonérés, dans toute la mesure du possible, des droits et taxes afférents aux dépenses supportées par eux dans l'intérêt de la défense commune et pour leur avantage officiel et exclusif, et chaque partie au présent protocole procédera à des négociations avec les quartiers généraux établis sur son territoire en vue de conclure un accord à cet effet.
2. Tout quartier général interallié jouit des droits accordés à une force en vertu de l'article XI de la Convention et ce, dans les mêmes conditions.
3. Les dispositions prévues aux paragraphes 5 et 6 de l'article XI de la Convention ne s'appliquent pas aux nationaux de l'Etat de séjour, à moins que ces nationaux n'appartiennent aux forces armées d'un Etat partie au présent protocole autre que l'Etat de séjour.

Beilage C

4. L'expression «droits et taxes» employée dans cet article ne comprend pas les taxes perçues en rémunération de services rendus.

Article 9

Sauf en cas de décision contraire du Conseil de l'Atlantique Nord:

- a. Les avoirs acquis au moyen des fonds internationaux d'un quartier général interallié sur son budget en capital qui cessent d'être nécessaires à ce quartier général seront liquidés dans le cadre d'arrangements approuvés par le Conseil de l'Atlantique Nord et le produit de cette liquidation sera réparti entre les parties au Traité de l'Atlantique Nord ou porté à leur crédit au prorata de leurs contributions aux dépenses en capital de ce quartier général. L'Etat de séjour aura priorité pour acquérir toute propriété immobilière ainsi liquidée sur son territoire, à condition qu'il n'offre pas des conditions moins avantageuses que celles proposées par un tiers;
- b. Les terrains, bâtiments ou installations fixes mis à la disposition d'un quartier général interallié par l'Etat de séjour sans aucune charge pour le quartier général (autre qu'une charge nominale) et cessant d'être nécessaires à ce quartier général, seront rendus à l'Etat de séjour, et toute plus ou moins-value des biens immobiliers fournis par l'Etat de séjour résultant de leur utilisation par ce quartier général sera déterminée par le Conseil de l'Atlantique Nord (prenant en considération toute loi de l'Etat de séjour applicable en l'occurrence) et répartie entre les Etats parties au Traité de l'Atlantique Nord ou portée, soit à leur crédit, soit à leur débit, au prorata de leurs contributions aux dépenses en capital de ce quartier général.

Article 10

Chaque quartier général suprême a la capacité juridique. Il a la capacité de contracter, d'acquérir et d'aliéner. Toutefois, l'Etat de séjour peut soumettre l'exercice de cette capacité à des accords particuliers entre lui-même et le quartier général suprême ou tout quartier général subordonné agissant au nom du quartier général suprême.

Article 11

1. Sous réserve des dispositions de l'article VIII de la Convention, un quartier général suprême peut ester en justice, tant en demandant qu'en défendant. Toutefois, il pourra être convenu entre le quartier général suprême ou tout quartier général interallié subordonné autorisé par lui, d'une part, et l'Etat de séjour, d'autre part, que ce dernier lui sera subrogé devant les tribunaux de cet Etat pour l'exercice des actions auxquelles le quartier général sera partie.

2. Aucune mesure d'exécution ou tendant soit à l'appréhension, soit à la description de biens ou fonds, ne peut être prise contre un quartier général interallié, si ce n'est aux fins définies au paragraphe 6 a. de l'article VII et à l'article XIII de la Convention.

Article 12

Beilage C

1. Pour le fonctionnement de son budget international, un quartier général interallié peut détenir des devises quelconques et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie.
2. Les parties au présent protocole, à la demande d'un quartier général interallié, faciliteront les transferts entre les pays des fonds de ce quartier général et la conversion de toute devise détenue par un quartier général interallié en une autre devise quelconque lorsque ces opérations seront nécessaires pour répondre aux besoins d'un quartier général interallié.

Article 13

Les archives et autres documents officiels d'un quartier général interallié conservés dans les locaux affectés à ce quartier général ou détenus par tout membre de ce quartier général dûment autorisé sont inviolables sauf au cas où le quartier général aurait renoncé à cette immunité. A la demande de l'Etat de séjour et en présence d'un représentant de cet Etat, le quartier général vérifiera la nature des documents afin de constater s'ils sont couverts par l'immunité visée au présent article.

Article 14

1. Tout ou partie du présent protocole ou de la Convention peut, par décision du Conseil de l'Atlantique Nord, être appliquée à tout quartier général militaire international ou à toute organisation militaire internationale (n'entrant pas dans les définitions figurant aux paragraphes b. et c. de l'article 1 du présent protocole) institués en vertu du Traité de l'Atlantique Nord.
2. Lorsque la Communauté Européenne de Défense sera créée, le présent protocole pourra être appliqué aux membres du personnel des Forces européennes de défense attachés à un quartier général interallié et à leurs personnes à charge, dans les conditions à fixer par le Conseil de l'Atlantique Nord.

Article 15

Toute contestation entre les parties à ce protocole ou entre elles et un quartier général interallié sur l'interprétation ou l'application du présent protocole est réglée par négociations entre les parties intéressées sans recours à une juridiction extérieure. Sauf dans les cas où le présent protocole ou la Convention contiennent une disposition contraire, les contestations qui ne peuvent pas être réglées par négociations directes sont portées devant le Conseil de l'Atlantique Nord.

Article 16

1. Les articles XV et XVII à XX de la Convention sont applicables dans le cas du présent protocole comme s'ils en faisaient partie intégrante, mais dans des conditions telles que le présent protocole pourra être révisé, suspendu, ratifié, signé, dénoncé ou reconduit conformément à ces dispositions indépendamment de la Convention.
2. Le présent protocole pourra être complété par des accords bilatéraux entre l'Etat de séjour et un quartier général suprême; les autorités d'un Etat de séjour et un

Beilage C

quartier général supérieur pourront convenir de donner effet par des dispositions administratives, avant la ratification, à toute disposition du présent protocole ou de la Convention que l'Etat de séjour aura décidé d'appliquer.

En foi de quoi, les plénipotentiaires soussignés ont signé le présent protocole.

Fait à Paris, le 28 août 1952, en anglais et en français, les deux textes faisant également foi, en un simple exemplaire qui restera déposé dans les archives du gouvernement des Etats-Unis d'Amérique. Le gouvernement des Etats-Unis d'Amérique en transmettra des copies authentiques à tous les Etats signataires et adhérents.

Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:

André de Staercke

Pour le CANADA:

A. D. P. Heeney

Pour le ROYAUME DE DANEMARK:

Sandager Jeppesen

Pour les ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE:

William H. Draper, Jr

Pour la FRANCE:

Hervé Alphand

Pour le ROYAUME DE GRÈCE:

Pan. Pipinelis

Beilage C

Pour l'ISLANDE:

Gunnlaugur Pétursson

Pour l'ITALIE:

A. Rossi - Longhi

Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:

G. Heisbourg

Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:

S. Chr. Sommerfelt

Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS:

A. W. L. Tjarda van Starkenborgh Stachouwer

Pour le PORTUGAL:

H. Caldeira Queiroz

Pour le ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD:

F. R. Hoyer Millar

Pour la TURQUIE:

Taha Carin